

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

287 (10.12.1931)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE KARLSRUHE 50 JAHRE BADENS

Anzeigenpreise Die 10 gepaltene Millimetergröße kostet 12 Pfennig, Gegenüber-
setzung 20 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei der Nichterfüllung des
Anzeigenauftrags, bei geschäftlicher Einstellung und bei Konten außer Kraft tritt o. Größtens
und Geschäftsbesorgung 10. Karlsruher L. 2. o. Schrift der Anzeigen-Konten 6 Uhr vormittags

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wander
Erhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungbo
Die Raufkunds / Sport und Spiel / Die Welt der

Abzugspreis monatlich 1,70 Mark, jährlich 41 Pf. Einzelhefte o. ohne Zustellung
1,90 Mark o. durch die Post 2,30 Mark o. Einzelhefte 10 Pfennig o. Gr.
Abzug 10 Pfennig wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2050 Karlsruhe o. Geschäftsstelle
und Redaktions-Karlsruhe L. 2. Waldstraße 28 o. Fernruf 7020/7021 o. Volkstreu-Baden:
Durlach, Hauptstr. 9. D.-Baden, Jagdwiese, 12; Kehl, Kehlstr. 12; Offenburg, Hauptstr. 8

Nummer 287

Karlsruhe, Donnerstag, den 10. Dezember 1931

51. Jahrgang

Auflösung des Reichstags?

Berlin, 10. Dez. (Kundendienst.) Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat an den Reichspräsidenten einen Antrag auf Einberufung des Reichstags gerichtet und zugleich dem Reichspräsidenten einen Antrag auf Aufhebung der vierten Notverordnung des Reichspräsidenten zugehen lassen. Die Kommunisten fordern das gleiche. Die Nationalsozialisten dürften sich dem bald anschließen.

Die Regierung hat dennoch die Hoffnung, daß sich im Verlaufe des Reichstags eine Mehrheit für dessen Einberufung nicht findet. Im anderen Falle hat sich der Reichspräsident bereits bereit erklärt, dem Reichspräsidenten ähnlich wie im anderen Falle im Oktober die Order auf Auflösung des Reichstags zur Verfügung zu stellen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der Reichspräsident von diesem Angebot Gebrauch macht, sobald der Reichstag eine Entschcheidung gegen die vierte Notverordnung des Reichspräsidenten fällen wird. In diesem Falle würden mit den Reichstagswahlen zugleich die preussischen Landtagswahlen vor sich gehen.

Reichstag und Notverordnung

Die Reichstagsfraktionen werden sich in den nächsten Tagen mit dem Inhalt der neuen Notverordnung beschäftigen. Für Donnerstag hat die Wirtschaftspartei, für Freitag die Deutsche Volkspartei, eine Fraktionssitzung anberaumt. Die Sozialdemokraten werden im Montag, das Zentrum und die Christlich-Sozialen am Dienstag die Notverordnung beraten. Die deutschnationalen vernehmen sich sofort erst am Donnerstag der nächsten Woche. Ebe die wichtigsten Fraktionen zur Notverordnung Stellung genommen haben, wird über die vorzeitige Einberufung des Reichstags keine Entscheidung fallen können.

Der Reichsfinanzminister zur Notverordnung

Berlin, 9. Dez. (Eia. Meld.) Im Berliner Kundendienst machte Reichsfinanzminister Dietrich zur neuesten Notverordnung nochmals erläuternde Bemerkungen, indem er die einzelnen Abschnitte der Verordnung in kurzen Rahmen umriß. Der deutsche Außenhandel habe sich trotz aller Erschwernisse der letzten Zeit merklich verbessert. Alle Voraussetzungen einer stabileren Währungs seien, wie der Minister erklärte, gegeben. Der Ausgleich des Etats bedeute aber auch die Grundlage der Verhandlungsfähigkeit Deutschlands in der Reparationsfrage. Preis- und Lohnsenkung, Ordnung des Etats, Sicherung der Währung, all dies seien unzerrennliche Fragen, die die Notverordnung in ihrem ganzen Zusammenhang behandeln und zu lösen suche. Die Maßnahmen zur Erhaltung des inneren Friedens nennt der Minister die Krönung des Gesetzgebungswerkes. Nur Verteidigung und Erhaltung des Staates könne die Rettung bringen, und darum müsse unangenehme, aber notwendige Maßnahmen, die einen Staat im Innern bilden werden, den äußeren Staat über den Haufen werfen wollen. Innerer Frieden und starke Staatsordnung seien Voraussetzungen für unsere Verhandlungsfähigkeit gegenüber anderen Mächten. Auch nur durch diese könne das Vertrauen wiedergewonnen werden und mit ihm Deutschlands Freiheit und Selbständigkeit.

Die deutsche Konkurrenzfähigkeit hat nun einen schweren Schlag erlitten durch den Sturz des Pfundfußes. Dem Sturz des Pfundes sind dann andere Währungen nachgefolgt, und überall, wo wir im Konkurrenzkampf stehen mit Ländern, die eine entwertete Währung haben, sind wir in Gefahr, ihn nicht bestehen zu können. Und so waren wir genötigt, diese Lasten mitgehend in unsere Kalkulation einzufassen. Wir können unsere Konkurrenzfähigkeit bei dem heutigen Stande der entwerteten Währung nur behaupten, wenn wir die Gebührensätze verringern. In der Binnenwirtschaft ist im Laufe der Deflation, die wir durchgemacht haben, ein Zustand eintreten, der so wie er jetzt ist, nicht bleiben kann.

Energische Antwort Severings

Die Vereinigung der Polizeioffiziere Preußens hat sich in einem Protestschreiben an den preussischen Innenminister gegen die Verlesung des Berliner Polizeimajors Sewitz nach Geleit ausgesprochen. Auf dieses Schreiben hat der preussische Innenminister Severing am Mittwoch folgende Antwort erteilt:

Ihr Schreiben vom 7. Dezember des Jahres zwinnt mich, den Ihnen aus ähnlichem Anlaß bereits in Aussicht gestellten Abbruch der Beziehungen zur Polizeioffiziersvereinigung durch das Ministerium des Innern und sämtliche ihm unterstellten Polizeibehörden nunmehr vorzunehmen. So sehr ich bisher befreit war und auch in Zukunft bemüht bleiben werde, die von Ihrer Vereinigung verfolgten materiellen und idealen Interessen der Polizeioffiziere zu fördern, so entschieden muß ich den Versuch, in den dienstlichen Betrieb der Polizei Preußens einzugreifen, zurückweisen. Ihr Schreiben vom 7. Dezember ist ein neuer Versuch dieser Art. Die mir übermittelte Stellungnahme ist nach Lage des zur Förderung stehenden Falles höchlich unrichtig und unberechtigt. Ihre Belästigung an die Presse ist geradezu illegal. Die Polizeioffiziersvereinigung hat oft, so auch noch in letzter Zeit, nach Wahrung der Disziplin gerufen. Demgegenüber erweist das jetzt erfolgte, in höchstem Maß distanzwidrige und disziplingefährdende Herportreten einen verächtlichen Spott, ob es der Vereinigung wirklich um die Wahrung des Zusammenhalts der Polizei zu tun ist. Sie können sich darauf verlassen, daß dieser Zusammenhalt unter allen Umständen gewahrt bleibt.

Am übrigen muß ich auf Grund genauer Kenntnis des Geistes, der in der Polizei herrscht, wie auch persönlicher Bekanntschaft mit zahlreichen Polizeioffizieren auf das entschiedenste bestreiten, daß die erst der Presse und erst darnach mir übergebene Darstellung über die Stimmung ihrer Mitglieder deren wirklich herbeizugewandene Entschlossenheit nicht entspricht. Nach Lage der Sache kann es sich nur darum handeln, daß einige wenige unrichtig informierte oder voreingenommene, verlässliche Mitglieder das mir zugesandte Schreiben verfaßt ha-

ben, das umso grotesker wirkt, als es auf Grund seines Wortlautes ohne jede Legitimation beanträgt, zugleich als Willensfundament der Waise der Polizeiwachmeister zu gelten.

Unter diesen Umständen lehne ich die Annahme des wieder beifügten Schriftstückes zugleich aber auch jeden weiteren Verkehr mit der Vereinigung der Polizeioffiziere Preußens ab.

(ges.) Severing.

Diese offene Sprache Severings gegenüber einem Verband, der es sich bisher fast immer nur zur Aufgabe gemacht hat, reaktionäre Elemente innerhalb der Polizei zu decken, ist geradezu woblühend. Wohlwund vor allem im gegenwärtigen Augenblick, in dem die reaktionären Herrschaften um den Führer der Vereinigung der Polizeioffiziere Preußens, den abgebauten Polizeiobersten Dillenburger, angeführt der Großmäuligkeit der Nazis Morgenluft wittern.

Der „Schirm“herr



„Hitlers Eid sei unser Schirm und Schutz“

Hitlers Legalitätsschwindel

Ermittlungen der Dessauer Kriminalpolizei haben ergeben, daß ähnliche blutrünstige Pläne, wie die der führenden heftigen Nationalsozialisten, auch von nachgebenden Nationalsozialisten in Anhalt ausgearbeitet worden sind. Aus diesem Grunde wurden kürzlich in Dessau mehrere Hausdurchsuchungen vorgenommen. Ueberhaupt häufen sich die Anhaltspunkte dafür, daß das Vorbemerkte kein Einzelfall darstellt, sondern unter aktiver Anleitung des nationalsozialistischen Juristenbundes von allen nachgebenden Landesinstanzen der Nazi ähnliche Dokumente ausgearbeitet sind, und zwar in stillschweigendem Einverständnis mit der Leitung der Reichszentrale in München. Nur so ist es auch zu erklären, daß die Reichsleitung der Nationalsozialisten entgegen ihren anfänglichen Erklärungen bisher gegen die Vorbemerkte nichts unternommen hat.

Banditentum der Nazis

Zittau, 9. Dez. (Eia. Draht.) In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch überfielen etwa 100 Nationalsozialisten nach einer Personalmannschaft im Lindenhof in Zittau das hiesige Gewerkschaftshaus. Obwohl der Delonon die Polizei sofort alarmierte, traf das Ueberfallkommando erst nach einiger Zeit ein. Unterdessen wüteten die Nationalsozialisten wie die Banditen.

Die Nationalsozialisten suchten im Gewerkschaftshaus angeblich Reichsbannerleute und Maschinengewehre. Sie erbrachten zu diesem Zweck eine Aborttür, die nach dem Verammlungsraum führende Saaltüre und eine Falltür zum Vorkeller. Außerdem wurde eine Türe zum Jugendheim aufgebrochen, und dort in alle Winkel und Ecken hineingelegt. Selbst das Dachgeschoss wurde abgejagt. Als es nach dem Eintreffen der Polizei schließlich gelang, die Verbrecher aus dem Gewerkschaftshaus hinauszutreiben, sammelten sie sich sofort in einer Nebenstraße. Vier überfielen sie einen Reichsbannermann und traktierten ihn mit den Füßen, bis ein Polizeibeamter ihn aus den Händen seiner Peiniger befreien konnte. Der schwerverletzte Reichsbannerkamerad mußte dem Krankenhaus zugeführt werden. Einige Zeit später zogen die Nazis nach der Neustadt und riegelten den Stadtbezirk ab. Unter dem Schutz von Marktbuden brannten sie zur Fällung der „Volkseitung“ und überfielen hier drei Reichsbannerleute. Später räumte die Polizei das Kasinohaus „zum Stern“ und nahm einige Raubführer mit.

Die ganze Aktion war, wie die polizeiliche Ermittlungen ergeben haben, von langer Hand vorbereitet.

Nazigefindel

Berlin, 9. Dez. Anhänger der kommunistischen Partei hielten heute abend in Charlottenburg eine Versammlung ab. Gegen 22 Uhr begaben sich einige Versammlungsteilnehmer auf den Heimweg. Hierbei tauchten etwa 20 Nationalsozialisten auf, die sich sofort auf ihre Geauner stürzten. Sie feuerten mehrere Schüsse ab, durch die drei Kommunisten schwer verletzt wurden. Dann ergriffen die Täter die Flucht. Man schaffte die drei Verletzten nach dem Westendkrankenhaus, wo der eine, der einen Halsbruch erhalten hatte, seinen Verletzungen erlag. Die Polizei nahm acht Kommunisten- und vier Nationalsozialisten fest.

Bedenkliche Wege

Der Reichskanzler hatte zu Mittwoch mittag die Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu sich gebeten, um ihnen einige ergänzende Mitteilungen über den Inhalt der neuen Notverordnung zu machen.

Wenn man aus der verwirrenden Fülle der Einzelheiten der „vierten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens“ das sozial und wirtschaftlich wesentliche hervorheben will, so muß man den ersten Teil mit der Ueberchrift „Preise und Zinsenkung“ mit dem sechsten Teil vergleichen, der die schamhafte Ueberchrift „Arbeitsrechtliche Vorschriften“ trägt, hinter der sich der wenig schamhafte Inhalt der Lohn- und Gehaltsenkung verbirgt.

Von einer Senkung des Reallohnes, der von Herrn Brüning und Herrn Stegerwald oft als das Ziel ihrer wirtschaftspolitischen Pläne verkündet worden war, kann praktisch keine Rede sein. Durch gesetzlichen Eingriff in die laufenden Tarifverträge wird bestimmt, daß vom 1. Januar 1932 ab die Löhne und Gehaltsätze auf den Stand vom 10. Januar 1927 herabgesetzt werden sollen. Jedoch soll die Herabsetzung bei den Tarifverträgen, die nach dem 1. Juli 1931 schon eine Lohnsenkung hinter sich haben, nicht über 10 Prozent hinausgehen. Bei den Tarifverträgen, deren Lohn- und Gehaltsätze seit dem 1. Juli 1931 nicht herabgesetzt wurden, soll die Senkung nicht über 15 Prozent hinausgehen. Bei den Arbeitern und Angestellten des Kohlen- und Kalibergbaues und bei den Arbeitern, für die am 10. Januar 1927 keine tarifvertraglichen Regelungen bestanden, werden die Kürzungen um 10 oder 15 vom Hundert auch dann vorgenommen, wenn damit die Sätze vom 10. Januar 1927 unterschritten werden. Im Durchschnitt wird man also für die Gesamtheit der Arbeiter und Angestellten mit einer Senkung um mindestens 12 1/2 Prozent gegenüber den bestehenden Nominallöhnen zu rechnen haben. Das ist, von der grundsätzlichen Bedeutung des Eingriffes in das Tarifrecht ganz abgesehen, ein sehr klarer und eindeutiger Tatbestand.

Welche Preisenkungen bzw. Senkungen der Lebenshaltungskosten werden demgegenüber zur Milderung des Verlustes an Massenkaufkraft zu erwarten sein. Sobald wir das prüfen wollen, kommen wir gegenüber dem klaren Tatbestand der Lohnsenkungen auf sehr unsichere Gebiete. Am klarsten bleibt auf dem Gebiete der Lebenshaltungskosten die Mietenkung. Die Mieten von Mietwohnungen werden vom 1. Januar 1932 ab um 10 Prozent der Friedensmiete gesenkt. Da die tatsächlichen Mieten gegenwärtig, beispielsweise in Berlin, aus 133,5 Prozent der Friedensmiete bestehen, so bedeutet in diesem Falle die zehnprozentige Senkung von der Friedensmiete eine 7,5prozentige der gegenwärtigen Mietausgaben. In anderen Orten, in denen der heutige Zuschlag zur Friedensmiete etwas tiefer liegt, wird die prozentuale Senkung von der gegenwärtigen Miete etwas höher sein. Wir werden also etwa im Durchschnitt mit einer achtprozentigen Mietenenkung zu rechnen haben. Nehmen wir weiter an, daß bei den Bewohnern der Mietwohnungen die Mieten im Durchschnitt 20 Prozent der Lebenshaltungskosten ausmachen sollen, so würden wir auf diesem Gebiet zu einer Senkung der Lebenshaltungskosten von rund 1,6 Prozent gelangen. Bei den Neubaumieten ist der Effekt schwerer zu überschauen, weil hier die Mietenenkung im Einzelfall sich der Entlastung durch die Zinsenkung, die die Verordnung vorschreibt, anpassen soll. Man wird aber hier vielleicht mit Zinsenkungen von 10 bis 15 Prozent, je nach Art des Einzelfalles, rechnen können. Man wird weiter annehmen müssen, daß bei den Neubaumieten die bisherigen Mieten oft 25 bis 30 Prozent der Lebenshaltungskosten stiegen, so daß sich in diesen Fällen aus der Mietenenkung ein Ausgleich für Lohn- und Gehaltsenkung ergeben kann, der zwischen 3 und 5 Prozent schwanken mag. Dabei ist sozial zu berücksichtigen, daß von dem Sechstel der Bevölkerung, das in Neubauten wohnt, der größte Teil der Schicht der Beamten, Angestellten und gehobenen Arbeiter angehört. Daraus ergibt sich also, daß der Ausgleich durch Mietenenkung bei der untersten Schicht wesentlich geringer sein wird als bei der obersten Schicht der Lohn- und Gehaltsempfänger.

Gehen wir nun zu den sonstigen Preisenkungen über, so bleibt ihre Rückwirkung auf die Lebenshaltungskosten ganz im Dunkeln. Grundsätzlich werden die Preisbindungen aufgehoben in ihrer Rechtswirksamkeit, sofern die gebundenen Preise, d. h. die Preise von Kartellen oder gebundene Preise von Markenwaren nicht gegenüber dem Stand vom 30. Juni 1931 bis zum 1. Januar 1932 um mindestens 10 Prozent gesenkt wurden. Die Beurteilung der Auswirkung dieser Maßnahmen ist erstens dadurch erschwert, daß zwischen dem 30. Juni und der Gegenwart natürlich schon gewisse Preisenkungen vorgenommen worden sind, und daß zweitens in den Fällen, in denen die geforderten 10 Prozent Preisenkungen nicht vorgenommen wurden, die Wirkung der Aufhebung der vertraglichen Bindungen auf die Preise nicht ohne weiteres zu überschauen ist. Aber selbst wenn wir von der Annahme einer allgemeinen zehnprozentigen Preisenkung für die gebundenen Waren ausgehen, so ist doch zu berücksichtigen, daß es sich hier in großem Umfange um Rohstoffe und Halbfabrikate und um Produktionsmittelpreise handelt, deren Senkung zwar sicherlich gesamtwirtschaftlich zu begrüßen ist, aber eine unmittelbare Wirkung auf die Lebenshaltungskosten nicht ausübt. Man wird schon sehr optimistisch rechnen, wenn man annimmt, daß durch diese Anpassung gebundener Preise etwa 10 bis 15 Prozent der Lebenshaltungskosten berührt werden, was eine

prozentuale Senkung der Lebenshaltungskosten um 1 bis 1 1/2 Prozent ausmachen würde, d. h. zuzüglich der rund 1,6 Prozent ausmachenden Entlastung bei den Altmieten kommen wir aus diesen beiden Posten auf 2,6 bis 3,1 Prozent Senkung der Lebenshaltungskosten.

Nun enthält die Notverordnung über die Preisentwertung allerdings noch einen Pantafaktwert. Es wird ein Reichskommissar für Preisüberwachungen bestellt, der dem „Schutze der Bevölkerung gegen Uberteuering von Preisen für lebenswichtige Gegenstände des täglichen Bedarfs und lebenswichtigen Leistungen zur Befriedigung des täglichen Bedarfs“ dienen soll. Dieser Reichskommissar hat sehr weite Vollmachten, unter denen für die Frage der Herabsetzung von Straßenbahntarifen die Möglichkeit des Erlasses der Beförderungsteuer vielleicht besonders wichtig ist. Andererseits muß man sich darüber im Klaren sein, daß diese Vorstellung von der beschlissmäßigen Senkung von Preisen, die sich am freien Markt bilden, doch reichlich unklar ist, und daß dem praktischen Wirken eines Reichskommissars wahrscheinlich ziemlich enge Grenzen gezogen sein werden. Immerhin wollen wir optimistisch annehmen, daß noch einmal 15-20 Prozent der Lebenshaltungskosten durch die Maßnahmen des Preiskommissars um 10 Prozent gelindert werden sollen. In diesem günstigsten Falle kommen wir auf die Aussicht (feineswegs die Sicherheit) einer Senkung der Lebenshaltungskosten, die zwischen 4,5 und 8 Prozent liegen kann. Bei einer durchaus ungewissen, aber keineswegs pessimistischen Rechnung wird also im allgemeinen nicht mehr als ein Drittel bis höchstens die Hälfte der Lohnsenkung zu finden. Die restliche Hälfte bis etwa zwei Drittel der nominalen Lohnsenkung wird als reale Lohnsenkung übrig bleiben.

Das aber ist nicht nur soziale Härte, sondern gleichzeitig auch der falsche Weg, um eine Wiederbelebung der Wirtschaft, also eine Besserung am Arbeitsmarkt anzubahnen. Die Auflockerung der gebundenen Preise und der Druck auf die monopolistischen Preise, der freilich wirksamer wäre, wenn er weniger schematisch ausgeführt werden könnte auf Grund einer Monopolkontrolle, wie sie die Sozialdemokratie seit langem fordert, könnte zu einer Belebung der Umläufe, zu einer Aufhebung der Konjunktur gerade dann führen, wenn nicht gleichzeitig die Massenkaufkraft für Konsumgüter durch neuen Lohndruck und reale Einküchränkung der Massenkaufkraft verschlechtert werden würde.

Anstatt Mißverhältnisse, die sich auf dem Gebiete der Preisentwicklung durch monopolistische Bindungen ergeben haben, zu beseitigen und durch eine neue Belebung der Konsumkaufkraft den Verkehr zu stärken, werden durch den Lohndruck, der über die Preisentwertung hinausgeht, bestehende Mißverhältnisse verschärft. Dabei kommt weiter als Hemmung der wirtschaftlichen Wiederbelebung hinzu, daß die Senkung der Mieten nur durch zwangsweise Zinskonversion ermöglicht wird, von der alle Sachverständigen von Bedeutung die Regierung eindringlich gewarnt haben, weil sie, so angenehm die Entlastung des Schuldners in vieler Beziehung empfunden wird, gleichzeitig die Rückkehr gesunder Verhältnisse auf dem Kapitalmarkt, die nun einmal nur auf Vertrauen beruhen können, erschwert wird.

Nationalistische „Volksvertreter“

Der Rechtsausschuß des Reichstags gehört zu denjenigen Ausschüssen, deren Vorsitzende Nationalsozialisten sind, die die Arbeiten dieser Ausschüsse auf jede Weise durch Nichterfüllung zu sabotieren versuchen. Infolgedessen hat der Ausschuss des Reichstags beschlossen, daß die stellvertretenden Vorsitzenden die Ausschüsse ebenfalls einberufen und evtl. Neuwahlen für den Vorsitzenden vornehmen lassen können. Der stellvertretende Vorsitzende des Rechtsausschusses Dr. Landsberg (Soz.) hat so verfahren und den Rechtsausschuß für Mittwoch, den 9. Dezember einberufen, um eine seit langem angesammelte Fülle von Arbeiten endlich erledigen zu lassen. Als die Ausschusssitzung begann, erhob sich der deutschnationale Abgeordnete Goerling und protestierte im Dienste der Nationalsozialisten gegen die Tagung. Der Ausschuß sei nicht durch den Vorsitzenden einberufen. Er sei infolgedessen nicht da und bedeute lediglich eine gefällige Veranstaltung. Die sozialdemokratischen Abgeordneten Landsberg und Marum und der Zentrumsabgeordnete Bell traten dieser Auffassung entgegen. Sie verwiesen darauf, daß sich kein Ausschuß auf die Dauer die Sabotage der nationalsozialistischen Vorsitzenden gefallen lassen könne.

Unter Stimmenthaltung der Deutschnationalen wurde dann einstimmig ein Antrag angenommen, durch den der Ausschuß über den Protest des Abgeordneten Goerling zur Tagesordnung überging. Das ganz persönliche Verhalten der deutschnationalen Abgeordneten Goerling und Berndt, die sich in einer Art Mar und Morch anführten, sei, daß es sich nicht einmal um eine ernsthafte politische Obstruktion, sondern um ein recht kindisches Mäandern handelte. Als der Abgeordnete Dr. Moses unter großer Beiterkeit des Ausschusses feststellte, daß trotz der angeführten Nichtanwesenheit des Ausschusses die Deutschnationalen sich doch vorsichtshalber in die Diäten-Anwesenheitsliste eingetragen hätten, erhob sich der Fürstenanwalt Goerling und erklärte sarkastisch: „Es liegt in unserem Ermessen, ob wir da sind oder nicht da sind.“ Das unter erwachsenen Menschen eine derartig kindische Komödie überhaut aufgeführt werden kann, ist ein deutlicher Beweis dafür, bis zu welchem Grad von Würdelosigkeit sich die Deutschnationalen in der Gefolgschaft der Nationalsozialisten begeben haben.

Nach dem mißglückten Sabotageversuch der Deutschnationalen begann der Rechtsausschuß seine sachliche Arbeit.

Nazi und Zentrum in Hessen

Darmstadt, 9. Dez. (Eig. Drabt.) Die „Bedingungen“, die die Nationalsozialisten an die Bildung einer Regierung mit dem Zentrum geknüpft haben, werden gemäß den gegenseitigen Abmachungen zunächst noch streng geheim gehalten. Man hört jedoch von Zentrumseite, daß die von den Nationalsozialisten als „unabhängig“ bezeichneten „Bedingungen“ für das Zentrum unannehmbar seien. Ueberhaupt scheint man den Nazibedingungen in Zentrumstreifen keineswegs die Absicht einer ernsthaften Zusammenarbeit zwischen Zentrum und Nationalsozialisten in einer Regierung beizumessen. Dieser Eindruck erfährt von nationalsozialistischer Seite insofern eine gewisse Bestätigung, als man dort sehr wohl daraus macht, daß die Bedingungen vom Zentrum niemals angenommen worden sind.

Vatikan und Faschismus

Rom, 10. Dez. (Handelsk.) Im Verlauf der Besprechungen, die von dem Vorsitzenden der Zentrumspartei, dem Abg. Kaas, dieser Tage in Rom mit dem Vatikan geführt wurden, haben die maßgebenden Persönlichkeiten der Vatikanstadt dringend gebeten, in Deutschland von einer Koalition zwischen Zentrum und Nationalsozialisten möglichst abzusehen. Dieser Ratsschlag erfolgte unter ausdrücklichem Hinweis auf die schlechten Erfahrungen des Vatikans mit dem Faschismus.

Ein echter Nazilümmel

Rom, 9. Dez. (Eig. Drabt.) Im Saal der deutschen Vereinnung beschimpfte der Naziabgeordnete Nieland am Dienstag abend in standesgemäßen Ausführungen die deutsche Republik und die republikanischen Staatsbürger Deutschlands. Inerhalb der Zuhörer schickte sich eine starke Emotion gegen Nieland. Nur wenige sollten dem Naziagitator weh tun. Die Mitschleider der Volkspartei waren dem Vortrag demonstrativ ferngeblieben.

Die Reichsmark steigt im Kurswert

Die Reichsmark, die an den ersten beiden Wochentagen den internationalen Devisenmärkten schwach lag, wies am Mittwoch an den großen Börsenplätzen durchweg kräftige Kurssteigerungen auf. So stieg die Mark in Amsterdam von 56,70 auf 57,55 Gulden. Bemerkenswert war auch die kräftige Besserung der Mark in der Schweiz, wo an der Züricher Börse der Markkurs von 117,50 bis auf 120 Schweizer Franken gegen 100 Mark anstieg. In London wirkte sich die Markbesserung in einem weiteren Ansteigen des Pfundes von 14,25 auf 13,90 aus. Gegenüber anderen Wälueten wies das Pfund eine kleine Besserung auf.

Das Doppelverdiensternum

Der Haushaltsausschuß des Reichstages nahm in seiner Sitzung am Mittwoch einen Zentrumsantrag an, der bestimmt, daß verheiratete weibliche Reichsbeamte jederseits ihre Entlohnung verlangen können und daß umgekehrt die vorgesetzte Dienstbehörde die Entlohnung verweigern kann, wenn nach ihrem Ermessen das Ausschließen aus dienstlichen Gründen erforderlich ist und die wirtschaftliche Versorgung des weiblichen Beamten nach der Höhe des Familieneinkommens gesichert erscheint. Die auf diese Weise ausschließenden weiblichen Beamten sollen eine Abfindung erhalten. Länder, Reichsbahn und Reichspost können die gleiche Regelung treffen.

Schlaganfall des nationalsoz. Abg. Stöhr

Witten, 9. Dez. Wie der „Wälische Beobachter“ aus Raumburg a. d. Saale meldet, hat der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Stöhr während einer Versammlung einen leichten Schlaganfall erlitten. Es trat vorübergehende Sprachstörung und rechtsseitige Armlähmung ein.

Unter dem Hakenkreuz und Sowjetstern

Berlin, 10. Dez. (Handelsk.) In Berlin wurden am Mittwoch abend drei Nationalsozialisten, die sich auf dem Heimwege befanden, von etwa 20 Kommunisten überfallen und schwer verletzt. Die Kommunisten gaben mehrere Schüsse ab und brachten mit Messern auf ihre Gegner ein. Die drei Nationalsozialisten mußten in bedrohlichem Zustande ins Krankenhaus geschafft werden. Als das Ueberfallkommando eintraf, waren die Kommunisten verschwunden. Mehrere verdächtige Personen, die sich in der Nähe des Tatortes aufhielten, wurden zur Vernehmung in das Polizeipräsidium geschafft.

Ein vernünftiger Kommunist

Halle, 8. Dez. (Eig. Ber.) In einer von der Halleischen SPD einberufenen Versammlung erklärte der Einienkommunist Kunz, führendes Mitglied der kommunistischen Stadtverordneten-Fraktion:

„Wenn die Nazis nicht in die Regierung kommen, dann bleiben uns tausende und abertausende, ja zehntausende Opfer erspart. Es ist unsere verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, die Nazis von der Regierung fernzuhalten. Sie zur Macht kommen zu lassen, wenn man es verhindern kann, bedeutet ein Verbrechen an der gesamten Arbeiterklasse.“

Was man in diesen aufgeregten Zeiten nicht für möglich halten sollte: Es gibt doch noch vernünftig denkende Kommunisten, die genau einschätzen wissen, warum die SPD die Brüningregierung toleriert.

Der Arbeitsmarkt im Reich

heraus mit der Wahrheit!

SPD. Der Ernst der Situation, in der die neue Notverordnung erscheint, wird schlagartig beleuchtet durch die Losen von der Reichsanstalt veröffentlichten neuen Arbeitslosenziffern. Die fünf-Millionen-Grenze ist überschritten. Was im Vorjahr Höhepunkt war, ist jetzt bereits Ausgangspunkt der Winterarbeitslosigkeit.

Der Bericht der Reichsanstalt lautet im wesentlichen folgendermaßen: Die erwartete jahressittliche Verschlechterung des Arbeitsmarktes ist in der Berichtzeit eingetreten. Die Zahl der Arbeitslosen nahm um rund 214.000 zu und betrug am 30. November nach den vorläufigen Meldungen der Arbeitsämter rund 5.057.000. Die Zunahme beläuft sich gegenüber dem Stande Mitte des Monats auf 4,4 Prozent. Der überwiegend jahressittliche Charakter der Bewegung kommt in der Tatsache zum Ausdruck, daß die Zahl der Arbeitslosen in den Saisonmonaten um 7,7 Prozent, in den übrigen Berufsgruppen nur um 2,4 Prozent gegenüber dem Stande vom 15. November zugenommen hat. Seit dem sommerlichen Tiefstand war in diesem wie im vorigen Jahre eine Zunahme der Arbeitslosenzahl um etwa 1,1 Millionen zu verzeichnen. Der Stand der Arbeitslosigkeit ist jetzt, ähnlich wie im Sommer, um etwas über 1,3 Millionen höher als zu den Vergleichszeiten des Vorjahres.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger belief sich am 30. November insgesamt auf rund 2.772.000. Im einzelnen betrug sie in der Arbeitslosenversicherung rund 1.366.000 und hat seit Mitte des Monats eine Steigerung um rund 118.000 erfahren; Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge wurden, nach einer Zunahme um rund 24.000, Ende des Monats rund 1.406.000 gezählt.

Jetzt zeigen sich die verheerenden Auswirkungen der Kreditkrise vom letzten Sommer und der Zerstückelung der Kaufkraft durch den Lohnabbau, die Folgen der Bedrohung unseres Exports durch Wäluatdumping und Zollschutz in England und nicht zuletzt auch die Folgen

Scharfe Anklagen der engl. Arbeiterpartei

Englands Währung verschlechtert, Löhne fallen, Preise

London, 9. Dez. (Eig. Drabt.) Am Mittwoch abend haben im Unterhaus die grohen Auseinandersetzungen über die bisherige Tätigkeit der nationalen Regierung begonnen. Am Freitag geht das Parlament in die Ferien.

Der Debatte liegt ein Mißtrauensvotum der Labour Party zugrunde, in welchem der Regierung vorgeworfen wird, daß sie in den fünf Wochen der nun zu Ende gehenden Parlamentsession keine einzige der dringenden Aufgaben im Ausriß genommen hat. Der Antrag wurde in einer langen Rede des sozialistischen Abgeordneten Sir Stafford Cripps beantragt. Der Redner führte aus, daß die Regierung die Währung zu verfallen lasse, die Bilanzierung der Handelsbilanz mit lächerlich geringfügigen Einzelmaßnahmen, wie den Zöllen auf Frühlingsgewebe behandle, daß sie diese Fragen, die nur durch internationale Zusammenarbeit gelöst werden könnten, von einem engen nationalen Gesichtspunkt aus betrachte. Die Regierung habe überhaupt keine Politik, sondern schwankte unentschieden mit dem Freihandel und Schutzzöllen hin und her.

In berechtigte Weise schilberte der Redner der Labour Party dann die drohende Not dieses Winters und alle Sorgen, die einen großen Teil der englischen Bevölkerung erfüllen. Die Arbeitslosenunterstützung sei verringert worden, die Löhne würden herabgesetzt, gleichzeitig liegen aber die Preise und insbesondere die Mieten, und das Parlament gehe in Ferien, ohne daß nur der kleinste Versuch unternommen worden wäre, die dringende Not zu beheben.

Die Entgegung des Premierministers Macdonald war schwach. Er stellte zwar ein Mißverständnis in Aussicht, doch gab er weder einen Zeitpunkt noch eine Richtlinie für ein derartiges Geschehen an. Im übrigen beschränkte er sich darauf, auf die Unworten hinzuweisen, die für die einzelnen Fragen zuständigen Minister im Laufe der weiteren Debatte geben werden.

Anstigen der Arbeitslosenzahl in England

WTB. London, 9. Dez. Zum ersten Male seit dem September ist die Zahl der Arbeitslosen in England wieder angestiegen. Ende November betrug ihre Zahl 622.027 oder 6,81 Prozent mehr als in der Vorwoche und 318.388 mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Autonomistische Flugblätter in der Straßburger Universität

Wie ausländische Blätter mitteilen, sind vor kurzem in einem Saal der Straßburger Universität von unbekannter Hand Flugblätter verbreitet worden, in denen die Studenten aufgefodert wurden, an deutscher Sprache und deutscher Kultur festzuhalten und gegen den Einfluß des Französischen sich zu wehren. Der aggressivste Ton des Flugblattes, das im Sinne der autonomistischen Propaganda gehalten war und von sehr unfreundlicher Gesinnung gegenüber Frankreich zeugte, rief natürlich den schärfsten Protest der nationalen Kreise hervor.

Die anti-autonomistische Presse verwahrte sich in den schärfsten Wendungen gegen das Vorgehen der anonymen Flugblattverbreiter und auch die Vorsitzenden der Studentenvereinigungen nahmen in einer öffentlichen Erklärung Stellung gegen den Vorfall. Auch der Ruf nach Sanktionen erhob sich. Die Autonomen, auf die der Vorfall fiel, die Verbreitung der Flugblätter organisierten zu haben, erklärten, ihre Organisation sei an der Sache nicht beteiligt. Mitglieder der Linken, wie Republik und Freie Presse, wamen die Autonomenverführer vor einem Einschreiten. Man solle, lagen die Zusammengehörigen nicht dramatisieren und nicht durch Schaltung neuer Wärtner der antisozialistischen Strömung Wasser auf die Mühle leiten.

Sast allezeitige erregen Äußerungen des obersteffischen Senats General Bourgeois die öffentliche Meinung. Dieser General erklärte dem Pariser Vertreter des Straßburger Journal d'Alsace et de Lorraine, er und sein Freund Plesner hätten die Absicht, von der Regierung energische Sanktionen gegen die Autonomen und ihre Verbündeten zu verlangen. Sie seien in dieser Absicht durch den Vorfall an der Straßburger Universität noch bekräftigt worden.

Ausweisung eines deutschen Studenten aus Straßburg

WTB. Paris, 8. Dez. Die Straßburger Polizei hat den deutschen Studenten Hans Hartmann ausgewiesen, der angeblich unter der Straßburger Studenten deutsche Propagandadriften verbreitet haben soll. Man behauptet, daß Hartmann von Prof. Ernst Debusacker der Elsas-Rotbrünnischen Stimmen, beauftragt gewesen sei.

der Bürgerkriegsgehe der Nazis, die jedes Vertrauen der Welt zu Deutschland zerstört. Im Inland sehen wir den Zusammenbruch großer Werke wie z. B. der Brennerbahnwerke. Diese Zusammenbrüche haben mit der Lohnsenkung nichts mehr zu tun; sie sind nur noch eine Folge der totalen Zerstückelung der Kaufkraft.

Der Ernst der Situation erfordert gebieterisch, daß der Volk ganz klarer Weisung eingesehen wird. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt muß reiflich geklärt werden. Wir brauchen eine gründliche Durchleuchtung des Tatbestandes der Gesamtbeschäftigung. Wie steht es mit den Wohlhabensverworsen? Wieviel Arbeitslose sind in Unterstützung und wieviel nicht? Mit Hilfe der im Bericht der Reichsanstalt mitgeteilten Ziffern über die Situation der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenfürsorge können diese Fragen nicht eindeutig und klar beantwortet werden. Der Kreis der Nichtunterstützten hat sich wesentlich erleichtert — eine Tatsache, die sehr ernst genommen werden muß. Die von der Reichsanstalt veröffentlichten Zahlen hinter die Entwicklung nach; sie haben infolgedessen als Maßstab für den wirklichen Tatbestand der Arbeitsmarktlage an Wert eingebüßt. Wir brauchen eine neue und scharfe Durchleuchtung der Dinge und zwar sowohl bei den Volkstarbeitslosen wie bei den Halbarbeitslosen, d. h. bei den Kurzarbeitern. Auch hier stehen uns reifliche Ziffern über das, was ist, zur Verfügung.

Wir fordern von der Reichsregierung, daß in der Sozialpolitik mit offenen Karten gespielt wird. Die Arbeitslosenstatistik muß schleunigst ausgebaut werden. Das Volk hat ein Recht darauf, die ganze und volle Wahrheit über die Lage zu erfahren; denn erst dann wird man sich dazu aufraffen, auch für Arbeitsbeschaffung einmal etwas Durchgreifendes zu unternehmen.



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

10. Dezember

1830 Simon Bolivar, Befreier Südamerikas. — 1880 Dichter Ludwig Anzengruber. — 1896 Chemiker Alfred Nobel. — 1917 Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden in Russland. — 1922 Friedenskonferenz des Intern. Gewerkschaftsbundes im Haag.

Um die Erhaltung der Bleagbahnen

D.3. Wie bekannt, hat eine Privateisenbahngesellschaft Interesse für die Bleagbahnen. Sie weist darauf hin, daß sie für die nachzuholenden Unterhaltungsarbeiten rund 600 000 M aufwenden müsse und stellt die Bedingung, daß ihr der Kapitaldienst aus dieser Summe mit jährlich 60 000 M für die ersten drei Jahre ihrer Betriebsführung ersetzt wird, zumal vorerst Ueberflüsse aus dem Bahnbetrieb nicht zu erwarten seien. Das badische Finanzministerium als Aufsichtsbehörde über die Privatbahnen hat folgende Verteilung dieser 60 000 M vorgeschlagen: Kreis Karlsruhe je 15 000 M, Kreis Baden 5000 M, Württemberg 10 000 M. Von den 15 000 M, die auf den Kreis Heidelberg entfallen, sind 2000 M vom Kreis Mosbach zu erheben, in dessen Bezirk sich die Linie Redarbischofsheim—Hüffenhardt erstreckt. Von den restlichen 13 000 M trägt der Kreis Heidelberg 60 Prozent, während die verbleibenden 40 Prozent mit 5200 M auf die Bahnen Redarbischofsheim—Hüffenhardt und Wiesloch—Schatthausen—Waldangelloch hälftig verteilt werden. Es ist anzunehmen, daß die Bleagbahnen durch die geplante Regelung endgültig saniert und Hilfsaktionen zu ihrer Erhaltung künftig nicht mehr nötig werden.

Es ist ja sehr nett vom badischen Finanzministerium, daß es die von der Eisenbahngesellschaft verlangte Summe so schön verteilen kann. Ueber anderer Leute Geldbeutel verfügen war noch nie mit einem Risiko verbunden. Noch schöner wäre es jedoch gewesen, wenn das Finanzministerium es mit seinem Verteilungsplan den Gemeinden auch zugleich das Geld mitgebracht hätte.

Nun werden wohl die Gemeinden zu entscheiden haben, ob sie die Opfer bringen können und wollen, die gefordert werden. Die Stadt Karlsruhe soll also doppelt hüten, nämlich durch ihren Anteil an der Kreissumme und aber auch eigene Unterstützung von 15 000 M.

Der erste Schnee

Es war zwar wenig, was an Schneeflocken gestern herabgestiegen ist. Die Kinder freuten sich aber nicht so sehr, wer im Freien zu arbeiten gezwungen ist. So u. a. die armen Leute, die im Herbstwald Baumstümpfe herausmachen, um sie als Brennholz zu verwenden. Der Schnee kommt ihnen zu früh, aber in der kommenden Woche, wie sie gestern vom Himmel herunterkam — zum Leidwesen der Kinder und Skiteute — ist er noch zu erwarten auch von den Menschen, die durch Schneefall in ihrer Berufserrichtung geschädigt sind.

Für die Vorgänge in der Natur haben nicht alle Menschen gleich viel Interesse übrig — aber dieser Vorgang, nämlich wenn die ersten Schneeflocken tanzen, gehört doch in jedem Falle zu den bestauntesten Naturereignissen des Jahres: kaum einer, der sich nicht die Mühe nähme, ein paar Augenblicke von der Arbeit aufzuschauen und zu konstataren: Guut mal, guut! Der erste Schnee!

Zwar ist er nur ein Bruder des gemeinen Wald- und Wiesenregens, aber er schüttet sich nicht bloß aus, er vertritt nicht mit der grauen Farbe der Häuserfronten zu einem schmutzigen Eimerlein; feierlich und getragen schwebt er nieder, wohl wissend, daß er was Besonderes ist, und jedes kleinste Klößchen hebt sich hell und klar von den Häusern ab. Das heißt, die Herrlichkeit dauert meist nicht lange. Dem ersten Schnee ist in den Straßen der Städte kein langes Leben beschieden. Allzuviel Elemente des Verkehrs sind ihm feindlich gesinnt: Unter den mörderischen Rädern der Straßenbahnen, der Autos, unter den Hufen der Pferde, unter den Stiefelabsätzen der Passanten haucht er rasch sein allsaurtes Leben aus. Was bleibt, ist ein dickflüssiger Schlamm.

Die Kinder sehnen mit Trauer. Eine schöne Hoffnung ist zerstört! Aber dann gibt es auch eine Anzahl Leute, die Straßenhändler, die Portiers, die Fuhrleute etwa, die sich aus beruflichen Gründen ein romantisches Denken nicht leisten können und jeden Tag segnen, an dem es wohl feucht und kalt sein mag, an dem aber doch noch kein Schnee auf der Straße liegt: für sie ein unangenehmer Gefelle, der die Beine frieren macht und die Kundchaft fernhält, der weatransportiert werden muß und so nur neue Arbeit aufweist, der die Pferde zum Ausrutschen bringt. . .

Wenn folat der zweite und von den Winterportieren so ersehnte ergebnere Schneefall?

700 Fahrräder werden jährlich allein in Karlsruhe gestohlen

Sehr häufig kommt es vor, daß doch einer wieder mal wegen eines Fahrraddiebstahls erwischt wird. In der Regel geht das sogar ziemlich rasch. Der Fahrraddieb, der irgendwo ein herrenloses Rad stehen sieht, nimmt sich seiner an und verduftet damit, nicht um damit umherzuradeln, sondern um es so schnell wie möglich an den Mann zu bringen. Dabei klappert es nicht immer so gut, wie bei der fälschlich verurteilten Fahrraddiebesgesellschaft an gros, die ihre sicheren Abnehmer hatte. Deshalb wird ja gerade der „Anfänger“ recht oft erwischt. Wie sich zu eine Geschichte suitrat seit der folgende Fall:

In einer Wirtschaft in Karlsruhe wird abends ein Rad gestohlen. Am anderen Morgen kommt in Heidelberg ein Handwerksburde mit einem Rad und will es an den Mann bringen. Der

Käufer ist mißtrauisch, man geht zur Polizei wegen der Personalken, und weil sie nicht stimmen, behält man den Fahrradvorkäufer mit seinem Rad gleich da. Die Nachforschungen beginnen. Er will es in Magdeburg gekauft haben. Von dort kommt Befcheid, Adresse nicht bekannt, der Fahrradvorkäufer sei dort vorbestraft. Nun last der Angeklagte, er hat das Rad nachts zwischen 10 und 11 Uhr auf dem Bahnhof in Bruchsal von einem „Unbekannten“ gekauft. Das ist nicht zu widerlegen, obgleich es niemand glaubt. Das Gericht kann ihn deshalb nicht wegen Diebstahl, sondern nur wegen Hehlerei verurteilen, wofür er auch 4 Monate Gefängnis erhält. Man kann nicht nachweisen, daß der Angeklagte das Rad gestohlen hat, obgleich es sehr stark vermutet wird. Wenn man aber nachts um 11 Uhr von einem wildfremden Mann ein Fahrrad kauft, muß man annehmen, daß es gestohlen ist. Wenn man es trotzdem kauft, macht man sich der Hehlerei schuldig! So der Richter in der Urteilsbegründung.

Die Polizei berichtet:

Totschlagsverdacht

Die Polizei nahm einen arbeitslosen Blechner fest, der am Mittwoch morgen, als ihm seine Frau wegen seiner Trunkenheit Borkhaltungen machen wollte, sie aus Zeit war, würgte und, als es ihr gelang, sich frei zu machen, ihr ein offenes Messer in den Hals steckte, das jedoch sein Ziel verfehlte und in der Wand stecken blieb.

Verkehrsunfälle

Auf dem Mendelsbühlplatz ereignete sich am Mittwoch abend ein Zusammenstoß zwischen einem Lastkraftwagen und einem Straßenbahnwagen der Linie 6. An der Elektrischen wurde ein Handariff abgerissen. Der Führer des Lastkraftwagens fuhr weiter, bevor die Nummer seines Wagens erkannt worden war.

Edle Ertlinger- und Baumeisterstraße stießen vergangene Nacht eine Kraftdrosche und ein Personenkraftwagen zusammen. Beide Fahrzeuge wurden leicht beschädigt. Die Schuldfrage bedarf noch der Klärung.

Ein ähnlicher Unfall ereignete sich am Mittwoch nachmittags auf der Kreuzung Markgrafen- und Kreuzstraße zwischen einem Lieferwagen und einem Personenkraftwagen.

Geftgenommen

Am Mittwoch wurden 13 Personen wegen verschiedener strafbarer Handlungen festgenommen, darunter einige Bettler.

Unfall

Ein lediger 35 Jahre alter Wäcker von hier erlitt am Dienstag vormittags dadurch einen Unfall, daß er am Marktplatz von einem Lieferkraftwagen herunterfiel, als dessen Führer in die Kaiserstraße einbog. Der Wäcker trug eine Gehirnerschütterung und eine Wunde am Kopf davon. Er fand Aufnahme im Städt. Krankenhaus.

Ein gerissener Hochstapler und Heiratschwindler

Im. Ein raffiniertes Betrüger, der in Karlsruhe, Pforzheim und anderen Orten Gastspiele gab, hatte sich in der Person des 44jährigen verwitweten früheren Hotelbesizers Ernst Luch aus Heidelberg vor dem Karlsruher Schöffengericht (Vorstandender Amtsgerichtsdirektor Strauß) zu verantworten.

Die Anklage, die Erster Staatsanwalt Dr. Eschenauer vertritt, lautet auf fortgesetzten Betrug und erschwerter Urkundenfälschung. Das erste Opfer der Redegewandtheit und des geschäftigen Auftretens des Angeklagten wurde im Frühjahr 1929 die 46 Jahre alte Witwe Maria B. aus Durlach, bei der er zeitweilig wohnte. Er gab sich den Anschein eines wohlhabenden Mannes und handelte mit ihr auf dem Duksane. Er machte ihr vor, er könne ein Grundstück, welches zur Zwangsversteigerung kommen sollte, zu günstig erwerben, daß bei dem Geschäft in kürzester Frist 4000 M zu verdienen seien, die er mit ihr teilen wollte. Die Witwe fand an dem Vorschlag nicht minder Gefallen als an dem Angeklagten selber und ließ sich durch die Zusicherung, daß er ihr in vier Wochen zurückzahlen werden, bewegen, ihm ein Darlehen von 10 000 M zu gewähren. Auf die Rückzahlung des Darlehens wartet sie heute noch.

Im September 1930 ging ihm eine 35jährige Gastwirtsanestellte aus Karlsruhe ins Garn. Er erweckte in ihr den Glauben, daß er sie heiraten wolle. Bereits im Februar d. J. sollte die Heirat erfolgen. Zur Gründung einer gemeinsamen Existenz wollte er ein Hotel in Freiburg erwerben. Am Weihnachtsfest 1930 verliebte er sich mit dem Mädchen, das ihm heute, als er zu Beginn der Sitzung zur Anklagebank geführt wurde, den Verlobungsring vor die Füße warf und ihn einen Schuft nannte. Damals glaubte sie noch seinen schönen Worten; er spiegelte ihr vor, er werde am 1. Januar 1931 von einer Mannheimer Bank aus einer Hypothek 40 000 M erhalten, wodurch er sie bestimmte, ihm ihre sauer ersparte Habe von 3500 M, sowie weitere 250 M als Darlehen zu überlassen. Schließlich ließ er sich am 20. September zur Begleichung einer Rechnung bei der Zuckfabrik Tübingen weitere 100 M geben. Beide führten nach Freiburg, angeblich, um den Hotelkauf perfekt zu machen. Er erklärte, das Hotel „Minerva“ kaufen zu wollen und habe bereits 20 000 M für die Weinstube deponiert. Bei der Rückfahrt von Freiburg hatte er schon nichts mehr von dem Gelde, so daß ihm das Mädchen weiter ausbesseln mußte. Den Termin der Hochzeit sah er immer weiter hinaus und das Geld zahlte er ebenfalls nicht, wie versprochen, am 1. Januar zurück. Während er noch mit der Gastwirtsanestellten verlobt war, lernte er in Pforzheim eine 36 Jahre alte geschiedene Frau kennen, mit der er sich ebenfalls verliebte. Er machte ihr vor, er habe Aussicht, das Hotel Zura in Basel zu kaufen. Er veranlaßte sie zur Ausstellung dreier Wechsel über 2200 M, um welchen Betrag sie jetzt geschädigt ist; überdies überließ sie ihm eine Goldwaage im Werte von 1600 M. Um die gleiche Zeit hat er seine beiden Bräute mit einer Frau in Hamburg betrogen.

Am 25. August d. J., nachdem er seine beiden Bräute heimlich verlassen hatte, kehrte er im Goldbus zum Pforzheim in Weingarten ein, wo er übernachtete und sich als Derleber Peter Klöpfer aus Mosbach in das Fremdenbuch eintrug. Die Wirtin stellte fest, daß es einen solchen Lehrer nicht gibt. Als der Gast am folgenden Tage ohne etwas davon zu sagen, einen Morgenposiergang unternahm, schickte sie ihm den Polizeidiener vor Rad nach, der den Betrüger festnahm. In der Zeit vom 16. bis 19. Juli logierte er in

einem Hotel in Pforzheim als Kaufmann Peter Pfeifer aus. Er verschwand unter Zurücklassung eines Koffers mit wertvollen Inhalt und einer Bescheinigung von 16 500 M. Anfangs Juni d. J. tauchte er in einem Gasthause in Bretten als Weinhandelsreisender Josef Glöder aus Freiburg auf, ließ sich gut bewilligen und verschwand ebenfalls, ohne die Bescheinigung von 30 M zu hinterlassen. Auf dem Badischen Bahnhof in Basel schwebte er einem Kaufmann vor, er habe einen Käufer für das Hotel Krone in Bretten an der Hand, dem er, zum Erwerb des Anwesens mit 5000 M beizubringen würde; daraufhin ließ sich der Kaufmann bewegen, 50 000 Franten zu pumpten, für die der Angeklagte mit Josef Glöder quittierte; das Geld wollte er angeblich zur Fahrt und zur Bezahlung von Notariatsgebühren in Staufer verwenden.

Während der Angeklagte, der sich seit 27. August d. J. in Unterjudungsbau befindet, in der Voruntersuchung geständig war, vertritt er es heute, seine Schwindelereien zu beschönigen und durch eine falsche Darstellung des Sachverhalts in ein günstigeres Licht zu rücken.

Der Erste Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten, nach dem die Bemessung der Anklage in allen Punkten erweist eine Gefängnisstrafe von einem Jahre.

Das Schöffengericht ging über den Antrag des Staatsanwaltes hinaus und erkannte wegen fortgesetzten Betrugs und erschwerter Urkundenfälschung auf ein Jahr drei Monate Gefängnis mit anschließender Unterjüngungsstrafe. In der Urteilsbegründung wird vor allem auf die gemein, jeden Anstands betriebl. Gewinn des Angeklagten gegenüber der Galtwirtsangestellten abgehoben, der er ihr sauer am Mund abgepartes Geld abgenommen und sie um Hab und Gut gebracht hat.

Der müde Anton

Wielbeutiger dieser Titel eines Unterhaltungsstücken. Wer heute nicht müde geworden durch all die nur so hereinbrechenden Sorgen, auch wenn er anders heißt als Anton? Bei unserem Anton — J. J. Weibler —, der hier eine fabelhafte Doppelrolle spielt, ist es allerdings eine andere, gewöhnlichere Müdigkeit. Er ist müde, nachts arbeitet Anton als Oberkellner und tagsüber ist er im Familienkreis der schlarfiere Onkel. Also eine ganz klare Sache. Unklar, kompliziert, lustig, komisch, dramatisch wird die Angelegenheit erst durch das drum und dran. Und das gibt es sehr viel. Die mal logar mit hausdachener die Frau „Anton“. Sie ist, schlarfiere und erhält ihr Kumpelrechtlich in Bewegung. Ein nie verlassender schlafender Quell. Viehlich das Tischlerlein Jemmi (J. J. Saded). Zu überleben der Komonist Wolfoana Amant. Koffer (S. a. s. L. Hoffen). Die Darstellung ist so pathetisch, wie gebener Otto Kriech als Antons Keffe. Zu komisch und bloß das dauernde Nüchternheit mit dem Grad und dem die die vermierten Hotelzimmer. Ein prächtiger Tap Carl Schmitz als Mathematiklehrer Hermann Fündelien. Die mathematische Wissenschaft bedingt aber durchaus keine derartige Karrierung eines männlichen Lebens. Dies Bild stimmt nicht vollinhaltlich. Aber grandios wird wieder gespielt von Schmitz-Weibler. Sie werden halb mit der geringfügigsten Sache Effekt zu machen. Bräutigam im Erdmann ist auf eingesperrt. Ihre Darstellung ist pathetisch. In der Ausschlag-Szene war die Koffertiere desent offener. Masch und beutlich Maria Schmitz als Dienstmädchen. Die wußt sich Lili Wertz als Piffolo. Die Rolle hatte und schlarfiere gewürzt, mandalim vorlaut. In kleineren Rollen wirkten Carl Wehr, Richard Erlede, Franz Bantku, D. Kleinbrecher und Albert Riesler beifällig. Die die wendenden waren sehr beifallsfreudig. Das Vahen und die Freue verschwanden nicht von den Gesichtern. Die Kölner Komiker führten auf einen großen Erfolg in Karlsruhe zurückbildeten. Schlarfiere.

(.) Bunter Abend der Handelschulen und höheren Handelsschulen. Ein reichhaltiges, musikalisches und geistiges Programm gemischt mit Reigen und einer Hans-Sachs-Komodie, wurde durch das Schillerorchester obenannter Unfallen am Freitag, 4. Dezember, im großen Saale des Studentenheimes mit großem Erfolge abgewickelt. — Ein fast überfüllter Saal sowie die Zahl derer, seinen Eintritt nicht fanden, bewies die rege Anteilnahme der Eltern, Freunde und Gönner der Anstalten an diesem Abend der Jugend. Einen angenehmen Luftakt bildete das wohlgeleitete Zusammenstellen des Orchesters in der Direktion aus Romandun, recht flott vorgetragen wurde. Herr Direktor Dr. Kräftig, der auf das Wort ergriff, wies darauf hin, daß solche Abende begreifbarwert seien, um auch die Eltern und Freunde der Handelsschulen einmal in gemühtlicher Stunde der Erholung mit der Jugend und der Lehrerschaft zusammenzuführen. Der Abend war ein Ausdruck der so nötigen Zusammenarbeit von Elternhaus und Schule sein. Er möge weiterhin beweisen, daß die Handelsschulen ihre Aufgabe erfüllt hat, insofern sie die Jugend zu den lautersten Quellen der Freunde hinführen will. Er dankte sodann allen dem vor allem dem unermüdeten Orchester und seinem Leiter, Herrn Handelsschulinspektor Wampde, der in zahlreichen Abenden aufwachen der Tätigkeit im Dienste der Jugend die Schillerinnen und Schiller zu den Leistungen des Abends gefördert hat. Ebenio haben die Herren Handelsschulinspektoren Dr. Vollethoff und Womintal zum Gelingen des Abends beigetragen. Mit dem Wunsch, daß ihm wieder ein solcher Abend der Freude und Erholung, der Zusammengehörigkeit und des Gemeinsinns stattfinden möge, schloß die Rede. Es folgten zwei Lieber (Wendelslohn), selungen von Schillerinnen der Handelsschule II, Gr. Schreiner, A. Heibel, Herr und B. Henn, die großen Beifall fanden. Der Vortrag Marie des Vagen aus Piaro durch J. Herr war ein Kunststück. Ein Hofmusik von Hedwig Haberitroh zeigte neben vollenbeten herrschende der Legnit ein feines Gefühl. Der folgende letzte der D-Dur-Symphonie von Mozart wurde flott und lebhaft gespielt. Das gleiche gilt von dem Straußwalzer „Künstlerleben“, dem man die Sicherheit der Trompete (Herr Nagel) aneignen merkte. Die folgenden Reigen, aufgeführt von Schillerinnen Handelsschule II, ertrugen allgemein durch die Sicherheit der rhythmische Eleganz der Bewegungen. Erla Berner hatte Kleider hierzu selbst entworfen, unterstützt von Lilly Schüb, die unter einen Solotanz, als Pilla, recht nett zur Vorkführung brachte. „Der tote Mann“, Komodie von Hans Sachs, löste allgemeine Beifall aus, was in diesem Falle stets der beste Beweis für Aufführung sein dürfte. Der Sangesmeister der Klassen der Höheren Handelsschule II zeigte beste Leistungen. Den Abschluß der Veranstaltung bildete die „Mühle im Schwarzwald“ von Eilenberg, die so gut gefiel, daß sie das Orchester wiederholen mußte.

Beim Nachfüllen von **MAGGI** Würze verlangen Sie von Ihrem Händler auch

Es gibt für eine Flasche Nr. 0 ½ Gutschein
Nr. 1 2x ½ :
Nr. 2 3x ½ :
Nr. 3 6x ½ :



Aus Organisationen und Vereinen

Der Lehrgesangsverein Karlsruhe hatte im Anschluß an sein Stiftungsfest...

Die halsländische Siedlung im mitteldeutschen Industriegebiet. Am Rahmen des von dem Bezirksverein Karlsruhe der Deutschen Gewerkschaft für Bauwesen...

dem anderen Verfahren, weitgehendste Selbsthilfe. Die genaue und überwachte Durchführung eines Einzelstiebers hat ergeben...

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

- Bezirk Mittel- und Südweststadt: Donnerstag, den 10. Dezember, findet abends 8 Uhr im Lokal 'Zur Gambirushalle' eine Ortskandisung statt. Bezirk Weststadt: Am Samstag, 13. Dezember, abends 8 Uhr im Lokal 'Unter den Linden'...

Kombinierte Funktionärerversammlung

Sonntag, 13. Dezember, vormittags 10 Uhr, findet im 'Elefanten' eine Funktionärerversammlung statt. Referent: Genosse Reichstagsabgeordneter Schöpplin. Thema: Vor schweren Entscheidungen.

9000 Mark gestohlen

Aus einer Kasette, die im Postwagen der Abteilbahn sich befand, wurden gestern abend 9000 Mark gestohlen. Der Zug fuhr um 18.55 Uhr in Ettlingen ab.

Lichtspielhäuser

Palast-Lichtspiele: Bei Schneiders soll die Verlobung der seltsamen Tochter Emmy mit dem vertriebenen Baron v. Wernsdorf bekanntgegeben werden. Badische Lichtspiele im Konzerthaus: Am Freitag, den 11. Dezember und folgende Tage, gelangt in den Badischen Lichtspielen im Konzerthaus ein Film zur Vorführung...

Veranstaltungen

- Raffae Bauer: Wie jeden Donnerstag, findet heute abend Gesellschaftsabend statt. Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe: Sterbefälle und Beerdigungszeiten. Barbara Schwarz, 59 Jahre alt, Ehefrau von Heinrich Schwarz, Büttelmacher, Beerdigung am 11. Dezember, 14 Uhr...

Veranstaltungen

- Badisches Landesbühnen: Am weißen Rößl, 20 Uhr. Badische Lichtspiele: Lichtbildervortrag Dr. Pauls: Rotwintereiszeit - Kolonien. 20.30 Uhr. Colosseum-Theater: Der müde Anton, 20 Uhr. Gloria-Palast: Die Frau von der man spricht. Nur löbliche Beiprogramm.

EMPFEHLENSWERTE SPEZIAL-FIRMEN

Advertisement for 'Wohnungsstrom' and 'Radiofunkgeräte' featuring Siemens products and a logo with a house and radio.

Advertisement for 'Arbeiter Angestellte u. Beamte' featuring 'GEG' (Genossenschaftliche Einkaufsgesellschaft) and 'Lebensbedürfnisverein Karlsruhe'.

Advertisement for 'Drogerie Wilhelm Tscherning' and 'August Schailer' (founder 1875) with contact information.

Advertisement for 'Städtische (Öffentliche) Sparkasse Baden-Baden'.

Advertisement for 'Leipheimer & Mende' as a 'Spezial-Geschäft für Herren- und Damenstoffe, Wäsche- u. Haushaltsgüter'.

Advertisement for 'TRINKT MEHR MILCH!'.

Advertisement for 'Natürliche Mineralbrunnen' and 'Balm & Bassler'.

Advertisement for 'Industrie Handel und Gewerbe' and 'Verlagsdruckerei Volksfreund'.

Gewerkschaftliches

Der Lohnraub im Staatswald

Von einem Holzbauer aus Hundsbach, Baden, erhalten wir folgende Zuschrift, mit der Bitte sie in unserem Blatte zu veröffentlichen:

Den Bedienden Staatswaldarbeitern wurde ihr tarifliches Lohn-einkommen durch Schiedspruch und Notverordnung im Jahre 1931 um circa 60 Proz. gekürzt. Ein so ungebührlicher Lohnraub muß jedem einsichtigen Menschen zu denken geben. Dies scheint aber weder bei den Herren der Forstverwaltung, noch bei den Herren Schlichtern der Fall gewesen zu sein. Wenn man solches Unrecht erleben muß, fällt es einem gewöhnlichen Manne wirklich mehr als schwer an die Unparteilichkeit der Schlichter zu glauben.

Da haben wohl auch die Herren von der Forstverwaltung, deren Gehälter wohl zwischen 6000 und 10 000 M im Jahre liegen dürften, wieder an sich zuerst gedacht, und sicher sich nicht in die Lebensverhältnisse ihrer alten treuen Arbeiter hineinbeugen können, denn sonst müßten auch sie zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß es einfach unmöglich ist, mit einem Stundenlohn von 62 Pfa., der nur in 32 Arbeitsstunden verdient werden kann, mit einer Familie leben zu können. Bei uns im hohen Schwarzwald ist einfach bis heute noch nichts von einer Preisentzug zu hören. So zahlen wir in Hundsbach für das 3-Pfund-Brot immer noch 65 Pfa., Kleider, wie sie der Schwarzwälder Arbeiter im Walde benötigt, sind immer noch um 100 Prozent über dem Friedenspreis; das Vier Liter kostet bei uns wie anderswo 30 Pfa. Fleisch auf den Tisch des Holzbauers ist ein Fremdwort geworden. Ja, in den Lohnverhandlungen wird der Arbeiterschaft vorgehalten, daß sie ja ihre eigene Milch und ihr eigenes Fleisch und weiß sonst noch was alles produzieren. Wichtig ist, daß viele Waldarbeiter eine, zwei ja sogar drei Kühe haben, daß der eine oder der andere auch ein Schwein großzieht, doch bei den Pacht- und Futterpreisen ist dies ein direkter Luxus. Und wie sollte es stimmen, wenn die Groß- und Mittel-ländwirtschaft verschuldet, daß ausgerechnet diese Arbeiter in ihrem Ackerbetriebe noch einen Nutzen erwarten sollen. Im hohen Schwarzwald, wo die Waldarbeiter wohnen, ist eine Landwirtschaft nicht mehr möglich; sie ist im günstigsten Falle ein Notbehelf und auch nur dort, wo Mann, Weib und Kind Tag und Nacht arbeiten. Dies ist aber kein Leben mehr, dies ist nur noch ein vegetieren. Die meisten dieser Leute sind Staatspächter oder Robenzinsler. Viele von den Kollegen mühten um Pachtzuschlag nachzusehen. Doch so kamen sie schon an! Wäre es nicht mehr als

wie gerecht, im gleichen Prozentsatz die Pachten zu kürzen, wie der Lohn gekürzt worden ist? Die Waldarbeiter können jetzt schon nicht mehr bezahlen. Vielleicht wird sie der Staat betreiben. Seit Wochen sind nun die Hundsbacher Waldarbeiter erwerbslos und werden dies möglicherweise bis März oder April oder je nachdem es einen Winter gibt, bis in den Mai hinein bleiben. Die Erwerbslosendebatte sind noch geringer als der Lohn. Was da in ihrer Verzweiflung die Waldarbeiter mit ihren zahlreichen Familienangehörigen machen sollen, ist ein Rätsel.

Interessant ist aber nun für uns Waldarbeiter, daß man einen Betrieb mit ca. 200 Arbeitern ein halbes Jahr lang still legt, die Beamten aber weiter beschäftigt, d. h. denselben in dieser Zeit das gleiche Gehalt ausbezahlt. Für die Beamten scheint also auch in der jetzigen Notzeit Geld vorhanden zu sein, nur nicht für die Arbeiter. Die Hundsbacher Waldarbeiterschaft ist eine friedliebende und wohl auch fleißige, sie gönnt niemanden etwas schlechtes; aber mühsen muß sie, daß auch die Beamten der Forstverwaltung nur einen Winter lang auf die gleichen Einkommen gesetzt werden wie ihre Waldarbeiter. Denn wenn wir schon in Not sind, so soll sie auch gemeinsam getragen werden. Da wäre noch Raum für eine neue Notverordnung.

Zusammenschluß der Arbeitnehmerfront

Der erste außerordentliche Verbandstag der Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten, der in Bremen stattfand, nahm einstimmig folgenden Beschlusungsantrag an:

„Der Verbandstag nimmt dem Zusammenschluß der Reichsgewerkschaft deutscher Kommunalbeamten mit dem Verband deutscher Berufsfeuerwehrmänner und dem Reichsbund der Beamten und Angestellten in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen zu einer Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten und Angestellten im Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personals- und Warenverkehrs auf der Grundlage der Vereinbarung vom 22. August 1931 und der vorgelegten Sonderabstimmung mit Wirkung vom 1. Januar 1932 ab zu.“

Damit stoben etwa 40 000 freigebergschaftlich organisierte Beamte und Angestellte zur 700 000 Mann-Gewerkschaft des Gesamtverbandes. Ein Beweis, daß die freigebergschaftlichen Kommunalbeamten das Gebot der Stunde erkannt haben.

Auf dem Verbandstag waren 143 Delegierte und zahlreiche Vorstandsmitglieder, darunter Kollegen des Gesamtverbandes und des ADG, anwesend. Glimmer, der erste Vorsitzende der Reichsgewerkschaft, gab den Geschäftsbericht und sprach über den Zusammenschluß mit dem Gesamtverband: Trotz der zunehmenden wirtschaftlichen Not auch in den Kreisen der Beamtenfront hat sich der Verband organisiert und finanziell im vergangenen Jahre sehr gut gehalten. Seit dem letzten Verbandstag in Mainz konnte die Mitgliederzahl sogar noch gesteigert werden. Die Wohlfahrts-einrichtungen des Verbandes sind trotz starker Beanspruchung weiter

ausgebaut worden und auf fundiert, Organisations- und finanziell steht die RDK sehr auf da, so daß sie auch künftig allein weiter bestehen könnte. Es sind allgemeine politische Gründe, die zur Erweiterung der gewerkschaftlichen Kampffront und zur Konzentration der gewerkschaftlichen Kräfte zwingen. Der Harburger Front der Reaktion muß die geschlossene Front der organisierten Arbeitnehmer Deutschlands entgegengestellt werden. Die RDK behält natürlich auch nach der Verschmelzung mit dem Gesamtverband ihre organisationsmäßige Selbstständigkeit und ihre eigene Presse.

Die Aussprache bringt einstimmig die Zustimmung zur Verschmelzung. Die Arbeit des Verbandsvorstandes im vergangenen Berichtsjahr wird gutgeheißen. Dr. Böcker vom Allgemeinen Deutschen Beamtenbund sprach über: „Beamtenpolitik in der Krise“. Auch die Beamten mühten sich in immer härterem Maße die Preisentwertung durchzumachen. Daraus ergaben sich für die zukünftige freigebergschaftliche Beamtenpolitik wichtige Folgerungen. Es mußte auch in Zukunft mächtig sein, daß sich die Gewerkschaften für tagesspolitischen Forderungen der Beamtenfront einsetzten. Die Entscheidung über das Schicksal der Beamten sollte jedoch auf der großen politischen Kampfplatt, wo bereits die Front des Arbeiters und Angestellten kämpfte. Die Beamten mühten sich in diese Front einreihen. — Im Anschluß an Böckers Vortrag wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die sich scharf gegen neue Gehaltsentwertungen wendet.

Die Eisenbahner beim Verkehrsminister

Der Reichsverkehrsminister empfing Vertreter der Eisenbahner-Gewerkschaften zu einer Aussprache über die mit der bevorstehenden Notverordnung zusammenhängenden Fragen. Im Anschluß an ausführliche Darlegungen der Personalvertreter wies der Minister darauf hin, daß die Reichsregierung die Preisentwertungsaktion als Ganzes behandelt müßte und daß sie erwarte, daß die betroffenen der starken Einwirkung in alle Wirtschaftsbereiche zu einer der Senkung der Besätze entsprechenden Ermäßigung der Lebenshaltungskosten führen werden. Was die vorgebrachten Eingelassenheitsanträge, so sei er gern bereit, in freundschaftlichen Verhandlungen mit der Hauptverwaltung den Mittel zu machen. Weiter könne er bei der bekannten rechtlichen Unabhängigkeit der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft nicht gehen.

Der Minister gab der Hoffnung Ausdruck, daß die allgemeine Auflockerung der Wirtschaft, in deren Rahmen die große Tarifsenkung gehöre, im Verein mit den bekannten neueren verkehrsrechtlichen Maßnahmen eine finanzielle Erleichterung für die Reichsbahn bringen werde.

Textkonflikt in Schlefien. Der Versuch, durch freie Vereinbarung den Lohn für die gesamte schlesische Textilindustrie neu zu regeln, infolge der rückwärtigen Forderungen der Arbeitgeber geheimer. Diese verlangen als Grundlage für ein neues Lohnabkommen die Lohnhöhe vom März 1925. Vom Lohnkonflikt der schlesischen Textilindustrie werden rund 20 000 Arbeiter betroffen.

Oskar Sabo, Paul Henkels
in dem Lustspiel
Er und sein Diener
PALAST-LICHTSPIELE

Mietervereinigung Karlsruhe (e.V.)
Geschäftsstelle (nur briefl.) Baselerstr. 32, III. IV.
Sprechstunden jeden Montag u. Freitag im „Kaffee Nowack“, jeden Mittwoch „Unter den Linden“ Ecke Yorkstr. u. Kaiserallee jeweils v. 6-7 Uhr

Kaffee Bauer
Heute Donnerstag 20.30 Uhr abends
Gesellschafts-Tanz
2 geräumige Tanzflächen
Kapelle Professor Rüttig
in Jazzbesetzung

Konkurs-Versteigerung.
Aus einer Konkursmasse versteigere ich am Freitag, den 11. und Samstag, den 12. Dezember ds. Jrs., jeweils von 10 u. 3 Uhr ab eine Partie

Herren-Hüte und Mützen
im Versteigerungshotel Könerstr. 18.
Otto Marx, Konkursverwalter.

Turngemeinde Durlach e. V.
Sonntag, den 13. Dezember findet in der Festhalle untere
Weihnachts-Fest
unter freier Mitwirkung der Männer-gesangsvereine statt, wobei wir unsere Ehren-Mitglieder, unsere aktiven und passiven Mitglieder sowie deren Familienangehörige herzlich einladen.
Saalöffnung 4 Uhr, Anfang 5 Uhr
NB. Etwa uns zugehörte Gaben wollen man am Sonntag Vormittag in der Festhalle abgeben. Der Vorstand

Knielinger Anzeigen
Für Wohlfahrtsunterstützte und sonstige Kollektende der Gemeinde steht eine Anzahl Besuchscheine zum verbilligten Bezug von Antikreuzen zur Verfügung. Die Scheine berechtigen zum Bezug der Antikreuzen bei den hiesigen Kohlenhändlern. Der Preis beträgt für den Jentner Antikreuz ab Lager 1,30 RM., frei Keller 1,40 RM. Anträge auf Zuteilung von Besuchscheinen nimmt der Antikreuzer entgegen. Durch die Ausstellung eines Besuchscheines wird keine Verpflichtung zur Zahlung der Antikreuzen übernommen.
Antikreuzen, den 7. Dezember 1931.
Bürgermeisteramt.

Arbeiter! Werdt für euer Zukunft!

Kabliau
1 ganz 24 Pfund
Kabliaufilet 38 Pfund ohne Bauchlappen
Schellfische 24 Pfund kopflos
Bratschellfische 22 Pfund
Kieler Sprotten 25 Pfund-Kiste 45 Pfund
Bücklinge Lachs-Heringe
5% Rückvergütung

Herren-Hüte und Mützen
im Versteigerungshotel Könerstr. 18.
Otto Marx, Konkursverwalter.

Todes-Anzeige
Gestern abend 1/10 Uhr wurde anfreier lb. Ritter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante
Juliana Gebhard
Witwe, geb. Enderle
im Alter von 79 Jahren von ihrem Leben erlöst
Karlsruhe, 9. Dezember 1931
Die trauernden Hinterbliebenen
Feierbestattung: Freitag mittag 1/2 Uhr
Trauerhaus: Morgenstr. 45

TRAUERBRIEFE
Liefert schnell und billig
Verlagsdruckerei „Volksfreund“ o. m. b. H.
Waldstrasse 28.

Amtliche Bekanntmachungen
In Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Otto Brindner in Karlsruhe, Schulstr. 47, ist zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Versteigerung

Geh zu TIETZ! Dann reicht's!

Haferflocken gute Qual. Pfd. 22/7	Kabliau Pfund 16/7	Krakauer Pfund 68/7
Futterhaferflocken 5 Pfd. 75/7	Schellfisch Pfund 19/7	Schweinskopf u. ea. 7/16 35/7
Hartweizengrieß . . . Pfund 25/7	Kabliaufilet Pfund 28/7	Sülze Pfund 40/7 1/4 Pfund 10/7
Bohnen weiß Pfund 15/7	Dän. Blasenschmalz . . . Pfund 78/7	Suppenhühner Pfund 90/7
Linzen 3 Pfund 85/7 Pfund 19/7	Kassl. Rippenspeer Pfund 98/7	Gemüse-Erbsen 1/4 Dose 60/7
Erbsen grün, 1/2, ungesch., Pfd. 26/7	Holl. Vollheringe 10 Stück 45/7	Karotten geschälte, 1/4 Dose 38/7
Erbsen gelb, 1/2, ungesch., Pfd. 19/7	Norw. Riesenheringe 10 Stück 58/7	Jg. Schnitt- u. Brechbohnen 1/4 Dose 52/7
Vollreis glasiert Pfund 17/7	Stadion-Mehl unsere Hausmarke	Marmelade gemischt 2 Pfd.-Eim. 88/7
Gebr. Kaffee Pfund von 1.75 an	Fst. Auszugmehl 5 Pfd. 1.38	Salzheringe 1 Liter-Dose . . 40/7
Salatöl Liter 60/7	Hochf. Weizenmehl 5 Pfd. 1.28	Delikatessheringe nach Hausfrauenart . . . 1 Liter-Dose 56/7
Kalkeier (ausländ.) 10 Stk. 95/7		Bratheringe . . . 1 Liter-Dose 68/7
Kalif. Mischobst Pfd. 45/7		Rinderfett Pfund 40/7
Margarine 2 Pfund 68/7		Cocofett 3 Tafeln 88/7

Eine TIETZ-Leistung:
Bouclé Diagonal 2.85 **Velour Diagonal 3.85**
moderne Ausmusterung, für praktische Sportkleider, ca. 135 cm breit Meter
reine Wolle, vorzüglich, Mantelware, marine, braun, ca. 140 cm breit, Mtr.

Vorkauf sowohl Vorrat

Todes-Anzeige
Gestern abend 1/10 Uhr wurde anfreier lb. Ritter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante
Juliana Gebhard
Witwe, geb. Enderle
im Alter von 79 Jahren von ihrem Leben erlöst
Karlsruhe, 9. Dezember 1931
Die trauernden Hinterbliebenen
Feierbestattung: Freitag mittag 1/2 Uhr
Trauerhaus: Morgenstr. 45

TRAUERBRIEFE
Liefert schnell und billig
Verlagsdruckerei „Volksfreund“ o. m. b. H.
Waldstrasse 28.

Amtliche Bekanntmachungen
In Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Otto Brindner in Karlsruhe, Schulstr. 47, ist zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Versteigerung

Todes-Anzeige
Gestern abend 1/10 Uhr wurde anfreier lb. Ritter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante
Juliana Gebhard
Witwe, geb. Enderle
im Alter von 79 Jahren von ihrem Leben erlöst
Karlsruhe, 9. Dezember 1931
Die trauernden Hinterbliebenen
Feierbestattung: Freitag mittag 1/2 Uhr
Trauerhaus: Morgenstr. 45

TRAUERBRIEFE
Liefert schnell und billig
Verlagsdruckerei „Volksfreund“ o. m. b. H.
Waldstrasse 28.

Amtliche Bekanntmachungen
In Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Otto Brindner in Karlsruhe, Schulstr. 47, ist zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Versteigerung

Bad. Lichtspiele / Konzerthaus
Heute 20.30 Uhr:
Einmaliger Lichtbilder- und Filmvortrag von Prof. Dr. Paulcke über:
Lawinengefahr - Lawinentod
Ab morgen Freitag und folgende Tage je 20.30 Uhr.
Sonntag nur 16 Uhr
Karl Fortin, Ernst Deutsch in dem herrlichen Filmwerk aus dem sechziger Jahren
Das alte Geleitz
Großes Orchester unter Leitung von Kapellm. Fritz Braun
Konzertleitung: Abu Hassan von K. M. v. Weber
Preise: 0,60, 0,80, 1,00, 1,40 Mk.
Jugendliche zugelassen.

TRAUERBRIEFE
Liefert schnell und billig
Verlagsdruckerei „Volksfreund“ o. m. b. H.
Waldstrasse 28.

Amtliche Bekanntmachungen
In Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Otto Brindner in Karlsruhe, Schulstr. 47, ist zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Versteigerung